

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller\*in: BAG Behindertenpolitik  
Beschlussdatum: 05.01.2025

### **Änderungsantrag zu WP-01-K3**

**Von Zeile 462 bis 464 einfügen:**

Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickeln, in denen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten, mindestens nach Mindestlohn entlohnt werden und [bei Vollzeit existenzsichernde](#) Rentenansprüche erwerben können. Auch die inklusive Aus- und Weiterbildung

### **Begründung**

Für die Rentenversicherung ist es schön, wenn Menschen in diese einzahlen. Die Möglichkeit dies zu tun sorgt aber noch für keine Akzeptanz. Nur wenn man dadurch im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen ist, macht es aus Sicht von Beschäftigten auch Sinn. Die jetzige Formulierung lässt aber genau diesen Gedankengang aufkommen, dass man/frau ein ganzes Leben in die Rente einzahlt und trotzdem weniger Anspruch hat als ein Grundsicherungsempfänger.